

Änderungen in der Sozialversicherung zum Jahreswechsel 2010/2011

Die wichtigsten Maßnahmen im Überblick:

1. Krankenversicherung

- Der allgemeine Beitragssatz steigt von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent. Arbeitnehmer zahlen 8,2 Prozent ihres beitragspflichtigen Einkommens, Arbeitgeber 7,3 Prozent.
- Wenn Zusatzbeiträge erforderlich sind, werden sie von der Krankenkasse als einkommensunabhängiger Betrag erhoben. Über die Höhe entscheidet jede gesetzliche Krankenkasse selbst. Der Zusatzbeitrag ist für alle Mitglieder einer Krankenkasse gleich. Die Mitglieder führen diesen Beitrag direkt an ihre Krankenkasse ab.
- Die bisherige Deckelung der Zusatzbeiträge bei einem Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen bzw. 8 Euro entfällt. Stattdessen wird ein Sozialausgleich eingeführt, der sich am durchschnittlichen Zusatzbeitrag orientiert. Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag 2 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen eines Mitglieds, so greift der automatisch vom Arbeitgeber durchzuführende Sozialausgleich, der aus Steuermitteln finanziert wird: Der einkommensbezogene Krankenversicherungsbeitrag des Mitglieds wird vom Arbeitgeber um den Betrag der Überforderung – also den Differenzbetrag aus dem durchschnittlichen Zusatzbeitrag und 2 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen – reduziert. Das ausgezahlte Einkommen ist entsprechend höher. Der Schätzerkreis beim Bundesversicherungsamt berechnet jährlich, wie hoch der durchschnittliche Zusatzbeitrag für das Folgejahr sein wird. Für das Jahr 2011 wird er bei 0 Euro liegen; deshalb wird die neue Regelung erst ab 2012 Wirkung zeigen.
- Die Beitragsbemessungsgrenze wurde im Vergleich zu 2010 um ein Prozent abgesenkt. Im Jahr 2011 liegt sie bei 3.712,50 Euro im Monat bzw. 44.550 Euro im Jahr. Die Beitragsbemessungsgrenze ist die Einkommensgrenze eines Mitglieds in der gesetzlichen Krankenversicherung, oberhalb derer das Einkommen beitragsfrei bleibt.
- Die allgemeine Versicherungspflichtgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wurde gegenüber 2010 um 0,9 Prozent gesenkt. Im Jahr 2011 liegt sie bei 4.125 Euro im Monat bzw. 49.500 Euro im Jahr. Die Versicherungspflichtgrenze bestimmt die Einkommensgrenze, ab der ein

Arbeitnehmer nicht mehr in der GKV pflichtversichert ist. Die besondere Versicherungspflichtgrenze für Arbeitnehmer, die am 21.12.2002 privat krankenversichert waren (Besitzstandsregelung), wurde ebenfalls abgesenkt und beträgt im Jahr 2011 3.712,50 Euro monatlich bzw. 44.500 Euro im Jahr.

- Die Voraussetzungen für einen Wechsel von der gesetzlichen in die private Krankenversicherung (PKV) wurden verändert. Jetzt kann jeder gesetzlich krankenversicherte Arbeitnehmer, dessen Monatseinkommen (anteilig erzielte Jahresarbeitsentgelte werden hochgerechnet) im Kalenderjahr die allgemeine Versicherungspflichtgrenze von 49.500 Euro überschreitet, als freiwilliges Mitglied in der GKV bleiben oder in die PKV wechseln. Da diese Regelung bereits zum 31.12.2010 in Kraft tritt, kann ein Wechsel zur PKV auch schon ab dem 01.01.2011 erfolgen, wenn das anteilige Arbeitsentgelt des Arbeitnehmers die Versicherungspflichtgrenze im Jahr 2010 überschritten hat und auch im Jahr 2011 überschritten wird. Berufsanfänger und Personen, die erstmals eine Beschäftigung in Deutschland aufnehmen, können einmalig zwischen GKV und PKV wählen, sofern ihr Arbeitsentgelt oberhalb dieser Grenze liegt.

2. Alterssicherung

- Der Rentenversicherungsbeitrag bleibt unverändert bei 19,9 Prozent, der jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu tragen ist.
- Die Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung werden jedes Jahr neu festgesetzt. Sie markieren die Grenze, bis zu der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und ebenso zur Arbeitslosenversicherung erhoben werden. Grundlage der Berechnung für 2011 ist die Entwicklung der Bruttolöhne im Jahr 2009. Die Lohnzuwachsrate 2009 betrug minus 0,3 Prozent in den alten und plus 0,84 Prozent in den neuen Bundesländern. Daher verbleibt die Beitragsbemessungsgrenze in den alten Bundesländern auf dem Stand von 2010 bei 5.500 Euro monatlich. In den neuen Bundesländern steigt sie von 4.650 auf 4.800 Euro.
- Die Werte für die Handwerkerrentenversicherung sind als Anlage beigefügt.

3. Unfallversicherung

- Am 1. Januar 2011 ändern sich die Vorgaben zur arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung für Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, sofern diese nicht das Unternehmermodell nutzen. Die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung besteht hier zukünftig aus zwei neuen Komponenten: der Grundbetreuung, für die in der Unfallverhütungsvorschrift Einsatzzeiten vorgegeben werden und dem betriebsspezifischen Betreuungsanteil, der von jedem Betrieb selbst zu ermitteln ist. Die

Berufsgenossenschaften und Unfallkassen legen im Jahr 2011 bei der Umsetzung der Vorschrift ihren Tätigkeitsschwerpunkt auf die Beratung und Unterstützung der Betriebe; die Ergreifung aufsichtsrechtlicher Maßnahmen wird nicht im Vordergrund stehen. Weitere Informationen zu der neuen Unfallverhütungsvorschrift (DGUV Vorschrift 2) finden Sie unter http://www.dguv.de/inhalt/praevention/vorschr_regeln/dguv_vorschrift_2/index.jsp

- Der Fusionsprozess bei den Berufsgenossenschaften wird 2011 abgeschlossen sein. Das bedeutet, dass von den ehemals 36 Berufsgenossenschaften noch 9 verbleiben.

4. Weitere Änderungen im Sozialversicherungsrecht

- a) *Daten geringfügig Beschäftigter (Minijobs) zu den Personalunterlagen nehmen*

Ab dem 1. Januar 2011 muss bei geringfügiger Beschäftigung (Minijobs) eine Erklärung des Arbeitnehmers über andere Beschäftigungen mit den Lohnunterlagen als Nachweis bei Betriebsprüfungen vorgehalten werden.

- b) *Beitragsbemessung bei einem Arbeitsentgelt in der Gleitzone*

Arbeitnehmer sind in der sogenannten Gleitzone beschäftigt, wenn ihr regelmäßiges monatliches Arbeitsentgelt zwischen 400,01 Euro und maximal 800,00 Euro liegt. Bei mehreren Beschäftigungen ist das insgesamt erzielte Arbeitsentgelt maßgebend. Die Regelung zur Gleitzone gilt jedoch nicht für Auszubildende.

Während geringfügige Beschäftigungen mit einem Arbeitsentgelt bis zu 400,00 Euro im Monat versicherungsfrei bleiben, sind Beschäftigungen in der Gleitzone versicherungspflichtig. Dabei wird für die Berechnung des Arbeitnehmeranteils der Sozialversicherungsbeiträge als beitragspflichtige Einnahme nicht das tatsächlich erzielte Arbeitsentgelt, sondern ein nach einer im Gesetz vorgeschriebenen Formel zu berechnender verminderter Betrag zugrunde gelegt.

Die reduzierte beitragspflichtige Einnahme wird nach folgender Formel ermittelt:

$$F \times 400 + (2 - F) \times (AE - 400)$$

Dabei ist "AE" das Arbeitsentgelt und "F" der Faktor, der sich ergibt, wenn der Wert 30 % durch den durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz geteilt wird. Der Wert F beträgt seit dem 1.1.2011 0,7585.

Die vorstehende Formel lässt sich im Kalenderjahr 2011 wie folgt vereinfachen:

$$1,2415 \times AE - 193,20$$

Beispiel

Ein Arbeitnehmer erzielt im Januar 2011 ein Bruttoarbeitsentgelt von 650 Euro.

Berechnung: $1,2415 \times 650 - 193,20 = 613,78$ Euro.

Der Arbeitnehmeranteil wird für alle Versicherungszweige aus 613,78 Euro berechnet. Der Arbeitgeberanteil wird aus dem tatsächlich erzielten Arbeitsentgelt von 650 Euro berechnet.

Rechengrößen in der Sozialversicherung 2011

	West	Ost
Beitragsbemessungsgrenzen		
Kranken- und Pflegeversicherung		
jährlich	44.550,00 €	44.550,00 €
monatlich	3.712,50 €	3.712,50 €
Renten- und Arbeitslosenversicherung		
jährlich	66.000,00 €	57.600,00 €
monatlich	5.500,00 €	4.800,00 €
allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze (§ 6 Abs. 6 SGB V)	49.500,00 €	
besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze (§ 6 Abs. 7 SGB V)	44.550,00 €	
Sachbezugswerte		
<i>insgesamt für die Verpflegung</i> monatlich	217,00 €	
<i>Frühstück</i>	47,00 €	
<i>Mittagessen</i>	85,00 €	
<i>Abendessen</i>	85,00 €	
<i>Unterkunft</i>	206,00 €	
Geringfügigkeitsgrenze (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV)	400,00 €	
Geringverdienergrenze (§ 20 Abs. 3 Nr. 1 SGB IV)	325,00 €	
Faktor F vereinfachte Gleitzoneformel	0,7435 1,2565 X Arbeitsentgelt - 205,20 €	
Beitragssätze		
Pflegeversicherung	1,95 %	
Zuschlag für Kinderlose	0,25 %	
Arbeitslosenversicherung	3,0 %	
Rentenversicherung	19,9 %	
Krankenversicherung (inkl. Sonderbeitrag der Versicherten von 0,9 %)	15,5 %	
Künstlersozialabgabe	3,9 %	
Insolvenzgeldumlage	0,0 %	

Versicherungspflichtige Selbstständige und Gewerbetreibende im Handwerksbetrieb		
	West	Ost
Regelbeitrag monatlich jedoch höherer oder niedrigerer Beitrag bei entsprechendem Nachweis des beitragspflichtigen Arbeitseinkommens	508,45 €	445,76 €
Halber Regelbeitrag (in den ersten 3 Kalenderjahren nach Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit), jedoch höherer oder niedrigerer Beitrag bei entsprechendem Nachweis des beitragspflichtigen Arbeitseinkommens	254,22 €	222,88 €
Mindestbeitrag monatlich (bei Nachweis eines entsprechend niedrigen Arbeitseinkommens)	79,60 €	
Höchstbeitrag monatlich (bei Nachweis eines entsprechend hohen Arbeitseinkommens)	1.094,50 €	955,20 €
Bezugsgrößen		
jährlich	30.660,00 €	26.880,00 €
monatlich	2.555,00 €	2.240,00 €